



Foto: 123rf/belizar



Foto: imago/Camera 4

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 13. Februar 2017

72. Jahrgang/Nr. 37

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Sozial und demokratisch?

Eva Roth über den neuen Bundespräsidenten

»Liebe Landsleute, lasst uns mutig sein!«, hat Frank-Walter Steinmeier nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten gesagt. Das ist ein guter Vorsatz – auch für ihn selbst. Er ist Umfragen zufolge ein sehr beliebter Politiker, obwohl er an den umstrittenen Hartz-Reformen mitgewirkt hat. Nun ist er mit satter Dreiviertelmehrheit zum Staatsoberhaupt gewählt worden. Das sind ganz gute Voraussetzungen, um mutig Probleme anzusprechen.

Zum Beispiel dieses: In Deutschland gehen sehr viele arme Menschen nicht mehr zur Wahl. Ein Großteil der Normalverdiener und Besserverdiener geben dagegen ihre Stimme ab. Das ist ein gravierendes Problem, auch weil Politiker dazu verleitet werden können, die Belange der nicht wählenden Armen zu ignorieren. Steinmeiers linker Konkurrent bei der Bundespräsidentenwahl Butterwegge hat auf diesen Fakt hingewiesen. Nun ist es Steinmeiers Aufgabe, mit der Autorität eines Staatsoberhaupts diesen Missstand zu benennen – sofern der Sozialdemokrat den Namen seiner Partei ernst nimmt. Die gewachsene Ungleichheit ist ein soziales Problem und die Wahlenthaltung der Armen ein Problem für die Demokratie.

Das neue Staatsoberhaupt könnte auch noch einmal in Ruhe über die eigene Politik nachdenken und mutig einräumen, dass die neoliberale Politik seiner Partei ein Fehler war und ist. Das mag unwahrscheinlich sein. Andererseits sind Politiker auch nur Menschen, und Menschen sind lernfähig.

UNTEN LINKS

Nicht vergessen: Morgen ist Valentinstag! Der Valentinstag ist der Tag des Hasses. Es ist der Tag, an dem wir Omas Heizdecke zerschneiden und unseren Kindern die Schokolade wegfressen. Dem Konsumenten wird bunt glänzender Tand angedreht: Blumensträuße, rote Plastikherzen, in Alufolie eingewickelte Blutwurstpralinen. Diese werden traditionell am Valentinsmorgen dem ärgsten Feind als Zeichen des Abscheus vor die Wohnungstür gelegt. Als Namensgeber für den Feiertag gilt der Fleischermeister und Serienmörder Valentin Schmölke, der am 14. Februar 1942 aus Verärgerung über sein zu weiches Frühstück seine Frau und seine fünf Kinder mit einer herzförmigen, rotglühenden Eisenpfanne erschlagen, zerstückelt, in Alufolie eingewickelt, im Vorgarten verscharrt und die Stelle mit Blumen bepflanzt hat. Das ist allerdings nicht bewiesen. Eine andere Theorie besagt, dass am 14.2. beim Menschen die Frühlingserwachen und die Schnackselzeit anbricht. tbl

Marx so jung wie lange nicht

Regisseur Raoul Peck bringt den Denker als Revolutionär auf die Leinwand



Er war mehr als ein Schreibtischintellektueller: Karl Marx

Foto: Frédéric Batier, Neue Visionen Filmverleih

Berlin. Seltsam, dass die kommunistischen und die neoliberalen Vertreter des Filmbetriebs bisher fast alle einen Bogen um den gespielten Karl Marx gemacht haben. Raoul Peck ist der erste Regisseur, der dem politisch wirkungsmächtigen Philosophen ein Biopic widmet. Und er hat sich dafür nicht etwa eine lineare Nacherzählung der Lebensgeschichte erwählt. Nein, Peck folgt dem derzeit genreblichen Mittel und greift sich eine prägende Episode seiner Hauptfigur heraus. Welche das ist, zeigt schon der Filmtitel: »Der junge Karl Marx«.

In einem solchen biografischen Leinwandwerk liegt natürlich stets die Gefahr, den Pro-

tagonisten zu historisieren, seine Ideen und Taten als vergangen und vergessen abzutun und die Frage, was uns diese Person denn heute noch zu sagen hat, hinter melodramatischem Kitsch zu verbergen. Nicht so in diesem Film. Weil er den Sturm-und-Drang-Marx zwischen 1844 und 1848 in den Mittelpunkt stellt, seine junge Liebe zur ihm intellektuell ebenbürtigen Jenny und die beginnende Freundschaft zu Friedrich Engels verhandelt. Aber auch, weil Regisseur Peck dem 1818 in Trier geborenen Kritiker der politischen Ökonomie gerade für diese Phase attestiert, die Arbeiterbewegung nicht nur durch seine wichtigen Gesellschafts-

analysen bereichert zu haben, sondern auch durch sein Handeln als Revolutionär. Im nd-Interview bringt er auf den Punkt, warum dieser ewig junge Marx auch heute als Anleiter zum Widerstand taugt. Zeige er doch: »Revolution heißt nicht, sich über Missstände zu ärgern und zweimal zu twittern.«

Am 2. März startet »Der junge Karl Marx« in den deutschen Kinos. Im Programm der Berlinale feierte der mit Spannung erwartete Film bereits jetzt seine Weltpremiere. »nd« hat ihn gesehen – und mit Regisseur Raoul Peck gesprochen, der eine Renaissance von Marx' Denken feststellt. cba Seite 3

Steinmeier will westliche Werte verteidigen

Der ehemalige Außenminister wird mit großer Mehrheit zum Bundespräsidenten gewählt

Angesichts vieler Krisen und innergesellschaftlicher Konflikte sind die Erwartungen an das neue Staatsoberhaupt Frank-Walter Steinmeier groß.

Von Aert van Riel

Frank-Walter Steinmeier übernimmt das Amt des Bundespräsidenten. Der bisherige Außenminister erhielt am Sonntagmorgen um 9.31 Uhr 1239 abgegebene gültigen Stimmen der Bundesversammlung. Die Große Koalition, die den Sozialdemokraten als gemeinsamen Kandidaten aufgestellt hatte, hatte 923 Stimmen zu vergeben. Zudem hatten die Spitzen von FDP und Grünen Steinmeier präferiert.

103 Wahlmänner und Wahlfrauen enthielten sich. Diese Zahl war ungewöhnlich hoch. Es wurde vermutet, dass die Enthaltungen vor allem aus der Union kamen. Bei einigen Konservativen herrscht Unmut darüber, dass sie

im Jahr der Bundestagswahl einen Kandidaten des kleineren Koalitionspartners unterstützen sollen. Sie befürchten durch die Wahl Steinmeiers offenbar eine weitere Stärkung der Sozialdemokraten. Nach Umfragen trennen seit der Nominierung von Martin Schulz als SPD-Kanzlerkandidat immer weniger Prozentpunkte die beiden großen Parteien.

Der von der LINKEN nominierte Armutsforscher Christoph Butterwegge erhielt 128 Stimmen aus der Bundesversammlung. Für den AfD-Kandidaten Albrecht Glaser stimmten 42 Wähler, für den Vertreter der Freien Wähler, Alexander Hold, 25 Wahlmänner und Wahlfrauen. Der von der Piratenpartei aufgestellte Engelbert Soneborn bekam zehn Stimmen.

In der Rede nach seiner Wahl warb Steinmeier um Vertrauen in die Demokratie. Wenn das Fundament der Werte des Westens anderswo wackele, »müssen wir umso fester zu diesem Funda-

ment stehen«, sagte er. Der SPD-Politiker forderte Mut, einander zuzuhören und warnte davor, das Ringen um Lösungen in einer Demokratie als Schwäche zu empfinden. »Liebe Landsleute, lasst uns mutig sein«, forderte er.

»Steinmeier soll helfen, die Gräben in der Gesellschaft zu überwinden.«

Führung der Grünen

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) äußerte sich nach der Wahl »überzeugt«, dass Steinmeier ein »hervorragender« Bundespräsident sein werde.

Die Fraktions- und Parteivorsitzenden der Grünen, Anton Hofreiter, Katrin Göring-Eckardt, Cem Özdemir und Simone Peter, waren ebenfalls erfreut über den Er-

folg von Steinmeier. Sie forderten ihn auf, die Gräben in der Gesellschaft zu überwinden, »damit unser Land wieder zusammenwachsen kann«. Denn Europas Krisen, der Brexit, Trump und die Kriege in der Ukraine und in Syrien stellen die Bundesrepublik vor große Herausforderungen.

Die Führung der LINKEN scheint die Hoffnung nicht aufgegeben zu haben, dass der künftige Bundespräsident, der einst zu den Erfindern der Agenda 2010 gehörte, einen Sinneswandel vollziehen könnte. »In einer Zeit der Unruhe braucht es mehr soziale Sicherheit und Stärkung der Freiheitsrechte. Gut wäre, wenn er dazu beiträgt«, schrieb Parteichefin Katja Kipping im Kurznachrichtendienst Twitter.

Steinmeier wird als zwölfter Bundespräsident Nachfolger des 77-jährigen Joachim Gauck, der aus Altersgründen nicht noch einmal antrat. Dessen Amtszeit endet offiziell am 18. März. Seite 2

Iglesias marschiert bei Podemos durch

Generalsekretär wird wiedergewählt, seine Fraktion im Vorstand gestärkt

Madrid. Der Politologe Pablo Iglesias (38) bleibt Chef der von internen Streitigkeiten erschütterten spanischen Protestpartei Podemos (Wir können). Der Gründer der Linksbewegung wurde von den Parteimitgliedern online mit rund 89 Prozent der Stimmen im Amt des Generalsekretärs bestätigt, wie am Sonntag auf dem Parteitag von Podemos in Madrid mitgeteilt wurde. Sein Konkurrent im parteiinternen Kampf um die Ausrichtung der Partei, Podemos-Fraktions Sprecher Iñigo Errejón (33), trat nicht an.

Während Iglesias für einen klassischen harten Linkskurs und gegen eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten (PSOE) eintritt, hatte sich Errejón dafür ausgesprochen, dass die 2014 aus der »Bewegung der Empörten« hervorgegangene Partei weiterhin Menschen verschiedener Ideologien eine politische Heimat bietet. Von Iglesias Liste wurden 37 Bewerber in den 62-köpfigen Parteivorstand gewählt. Errejón kam nur auf 23, die Antikapitalisten auf 2. Die Spaltung wurde auf dem Parteitag verhindert. dpa/nd Seite 7

Verfassungsschutz unter Verdacht

Kontakt zu rechtem Attentäter?

Düsseldorf. Ein Informant des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes soll nach Medienberichten engen Kontakt zum mutmaßlichen Düsseldorfer Bombenleger Ralf S. gehabt haben. Das berichten »Spiegel« und WDR. Fast 17 Jahre nach dem Anschlag an dem Düsseldorfer S-Bahnhof Wehrhahn war vor einigen Tagen der Rechtsradikale Ralf S. verhaftet worden. Für diesen Ralf S. habe der Skinhead André M. im Sommer 2000 als Wachmann gearbeitet – und zugleich von August 1999 bis Mai 2000 für den Verfassungsschutz spioniert, so der »Spiegel«.

Laut WDR bestehen Zweifel, dass André M. im Mai 2000 als Quelle »abgeschaltet« wurde. Es gebe Hinweise, dass ein V-Mann-Führer des Verfassungsschutzes ihn am Tag des Anschlags, dem 27. Juli 2000, getroffen habe. Der Verfassungsschutz habe die Düsseldorfer Ermittler erst viele Jahre nach der Tat über den Informanten in Kenntnis gesetzt. Die NRW-Linkspartei sprach von einem »Skandal«. Es bestehe der Verdacht, dass der Landesverfassungsschutz jahrelang Erkenntnisse zum Anschlag verschwiegen habe. dpa/nd

Wilders sagt Islam den Kampf an

Niederländischer Rechtspopulist will nach Wahlsieg Koran verbieten

Den Haag. Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders will sich nach einem Wahlsieg seiner Partei im März für ein weitgehendes Verbot des Islam in seinem Land starkmachen. »Die islamische Ideologie ist womöglich noch gefährlicher als der Nationalsozialismus«, sagte der Politiker im niederländischen Fernsehen am Sonntag in Den Haag. Er forderte erneut ein Verbot des Korans und die Schließung der Moscheen.

Es war das erste große TV-Interview des Rechtspopulisten vor der Parlamentswahl am 15. März. Nach Umfragen kann seine Partei für die Freiheit (PVV) mit rund 20 Prozent stärkste Kraft werden. Die meisten etablierten Parteien lehnen jedoch eine Zusammenarbeit mit ihm ab. Wilders forderte dennoch im Falle eines Wahlsieges die Beteiligung an einer Regierungskoalition. »Wenn die Wähler die PVV echt so groß machen, wie einige Umfragen vorhersagen, dann kommt man nicht um uns herum«, sagte der 53 Jahre alte Abgeordnete im Gespräch mit dem rechtskonservativen TV-Sender WNL. dpa/nd

